

Via Mail an: dpt-team@praeventionstag.de.

Landessekretariat

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

Flensburg den 10. August 2021

Sehr geehrte Frau Franke,

haben Sie vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine, die wir Ihnen hiermit sehr gerne beantworten.

1. Kriminalprävention befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. An welchen Stellen in diesem Spektrum setzen die kriminalpräventiven Ziele Ihrer Partei an? Welche Schwerpunkte werden gesetzt?

Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, die Menschen und deren Rechte im Mittelpunkt stellt. Alle Formen des strafbaren Handelns müssen konsequent vorgebeugt und wirkungsvoll bekämpft, verfolgt und bestraft werden. Sicherheit findet aber ihre Grenzen, wenn zweifelhafte Verschärfungen, Überwachungen und Strafen nichts bewirken oder die Falschen treffen, so wie Sie es schon eingangs bemerkt haben. Wir als SSW unterstützen keine populistischen Forderungen nach massiven Verschärfungen der Rechtslage. Die Sorgen der Menschen wollen wir jedoch ernst nehmen und vor diesem Hintergrund verstärkt auf Prävention setzen. Unserer Auffassung nach, ist eine vitale Demokratie die beste Prävention für ein Mehr an Sicherheit, die aber auch die Freiheit stärkt. Prävention bedeutet für uns: Bildung, Integration und Partizipation nachhaltig zu fördern, ebenso wie ausreichend qualifiziertes Personal in der Justiz, in der Strafverfolgung, aber auch in den öffentlichen Verwaltungen vorzuhalten.

2. Seit mehr als 30 Jahren werden Strategien der kommunalen Kriminalprävention in ländlichen wie auch in urbanen Räumen umgesetzt. In welcher Form sollen diese Strukturen nach der Programmatik Ihrer Partei weiterentwickelt und gestärkt werden?

Für eine starke kommunale Kriminalprävention braucht es eine gut aufgestellte Kommunalpolitik, die im engen Austausch mit der Bevölkerung und der Polizei steht. So hat zum Beispiel die Stadt Flensburg einen offenen Dialog über das Thema Angstorte geführt, um konkrete Orte im Stadtgebiet identifizieren zu können. Dies wurde auch von der SSW-Ratsfraktion in Flensburg unterstützt. Zudem

braucht es entsprechende finanzielle Mittel, um mögliche Ziele umzusetzen. Die finanzielle Ausgangslage kann dabei ganz unterschiedlich aussehen. Große Städte haben dabei oft das Nachsehen. Uns als SSW liegt eine lebendige und zukunftsorientierte kommunale Hand sehr am Herzen. Sie zu stärken ist unserer Meinung nach das größte Pfund bezüglich der Kriminalprävention und ihrer Strukturen.

3. Der Deutsche Präventionstag setzt sich u.a. für die Vorbeugung und Verhinderung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität ein. Welche Formen der Jugendförderung werden von Ihrer Partei hierzu angestrebt?

Die Covid-Krise hat gezeigt, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der öffentlichen Debatte nicht selten das Nachsehen haben. Die Lebensqualität von vielen Kindern und Jugendlichen hat im letzten Jahr abgenommen. Nicht nur aus diesem Grund wollen wir als SSW die Jugendförderung ganzheitlich angehen. In einem ersten Schritt sollte es darum gehen, dass man der jungen Generation mehr zuhören sollte. Wir wollen daher, dass das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre abgesenkt wird. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Jugendliche nicht unterhalb des Mindestlohns beschäftigt werden dürfen. Sie können genau so gute Arbeit leisten wie alle anderen, also sollen sie auch gleich entlohnt werden. Darüber hinaus wollen wir uns für ein integrierendes Bildungssystem nach skandinavischem Vorbild einsetzen. Ebenso ist es für uns wichtig, die Begegnungsorte für Jugendliche und junge Erwachsene zu erhalten und mit Leben zu füllen.

4. Wie beurteilt Ihre Partei eine verstärkte Förderung von Bildungsangeboten im Hinblick auf deren Auswirkungen auf abweichendes Verhalten und Gewaltbereitschaft?

Siehe Frage 1.

5. Sind aus Sicht Ihrer Partei die Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt sowie des gesellschaftlichen Zusammenhaltes explizite Ziele, die auch im Bereich der Kriminalprävention verfolgt werden sollten?

Ja.

6. Welche zusätzlichen bundesgesetzlichen Regelungen hält Ihre Partei in den Bereichen Kriminalprävention und Opferschutz sowie im Bereich der Prävention von digitaler Kriminalität für anstrebenswert?

Unserer Meinung nach, muss es weniger um zusätzliche gesetzliche Regelungen gehen, als um ausreichende finanzielle Mittel. Dies bezieht sich vor allem auf die in Frage 1 genannten Bereiche. Der Opferschutz ist vor allem Ländersache, beispielsweise ist Schleswig-Holstein gerade dabei, sein Gesetz zur ambulanten Resozialisierung und zum Opferschutz zu überarbeiten. Bezüglich der digitalen Kriminalität muss das Bildungsangebot zum Schutz vor Kriminalität im Netz ausgeweitet werden. Auch dies ist vornehmlich Sache der Länder. Auf Bundesebene ist es aus unserer Sicht erforderlich, in die Abwehr von Cyber-Kriminalität zu investieren und die Landespolizeien aber auch die Bundespolizei entsprechend zu stärken.

7. Welche Erfordernisse sieht Ihre Partei bezüglich der Fortentwicklung von Schwerpunkten und Strukturen der nationalen Extremismusprävention?

Die Prävention vor Extremismus ist aus unserer Sicht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Wahrung des sozialen Friedens ist ein hohes Gut. Die Anschläge vom 22. Juli 2011 in Norwegen machen sowohl Schwächen, als auch die Grenzen des Leistbaren für Gesellschaft und Behörden deutlich. Wir als SSW sind der Meinung, dass es in erster Linie einen leistungsfähigen Verfassungsschutz geben muss. Zudem geht es darum, Bildung, Integration und Partizipation nachhaltig zu fördern, ebenso wie ausreichend qualifiziertes Personal in der Justiz, in der Strafverfolgung, aber auch in den öffentlichen Verwaltungen vorzuhalten. Als SSW sind wir zudem der Meinung, dass die künftige Bundesregierung die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen muss. Vor diesem Hintergrund wollen wir uns als SSW dafür einsetzen, dass der soziale Frieden in Deutschland gewahrt wird.

Mit freundlichen Grüßen,

Martin Lorenzen

SSW-Landesgeschäftsführer